

# Österreichischer Naturschutzbund Landesgruppe Salzburg

Museumsplatz 2, A-5020 Salzburg

☎ (0662) 64 29 09, Fax 64 37 344

E-Mail: [salzburg@naturschutzbund.at](mailto:salzburg@naturschutzbund.at)

Vorsitzender: Univ. Prof. Dr. Roman TÜRK

Geschäftsführer: Dr. Hannes AUGUSTIN



## Ausgewählte Fragen zu Themen des Natur- und Umweltschutzes an die wahlwerbenden Parteien und deren Spitzenkandidaten/ kandidatin für die Wahl zum Salzburger Landtag 2004

und die **Antworten** dazu von



Schausberger / Haslauer  
ÖVP



Burgstaller  
SPÖ



Schnell  
FPÖ



Schwaighofer / Reiter  
GRÜNE

### A) Naturschutzarbeit im Land Salzburg

1) Treten Sie / Tritt Ihre Partei für eine angemessene höhere Unterstützung/Subvention für Natur- und Umweltschutzinitiativen ein?

#### Die Antworten:

**ÖVP / Schausberger & Haslauer: Ja?**

**SPÖ / Burgstaller: Ja**

**FPÖ / Schnell: dzt. keine Antwort**

**GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: Ja**

#### Anmerkungen zu Frage 1)

**Schausberger (& Haslauer):** Als Landeshauptmann von Salzburg liegt mir der Schutz unserer Natur besonders am Herzen. Die vielfältige Fauna und Flora in Salzburg gibt uns den Auftrag ganz besonders auf unser Erbe zu achten. Die Unterstützung von Natur- und Umweltschutzinitiativen sind ein Teil der so wichtigen Maßnahmen im Naturschutzressort. Das Hauptaugenmerk liegt bei der Förderung konkreter Projekte und Maßnahmen vieler Gemeinden, Biotopschutzgruppen und Initiativen. Die Förderungen werden in Zukunft auch dorthin fließen wo in der Natur aktiv gearbeitet wird.

**Burgstaller:** Ja, ich trete dafür ein, dass die Arbeit des Naturschutzbundes unterstützt wird. Grundsätzlich mache ich aber vor der Wahl keine finanziellen Wahlkampfversprechen. Sehr wohl halte ich aber eine angemessene Anpassung der Subvention für den Naturschutzbund für gerechtfertigt.

**Schnell:** Ich bedanke mich herzlich für die Einladung zur Stellungnahme zu einigen wichtigen Themen des Natur- und Umweltschutzes. Nach eingehender Überlegung sind wir zu dem Schluss gekommen, die gestellten Fragen nicht zu beantworten .....  
Ich bin jedoch gerne bereit, mich mit den von Ihnen gestellten Fragen in einem ausführlichen, persönlichen Gespräch auseinander zu setzen. Angesichts der Wichtigkeit der Themenbereiche halte ich diese Vorgangsweise als der Bedeutung angemessen. Ich zähle auf Ihr Verständnis und verbleibe mit den besten Grüßen.

**Reiter & Schwaighofer:** im Bereich Naturschutz ist sehr viel zu tun: die Natura 2000 – Gebiete sind mit Leben zu erfüllen, der Nationalpark ist nicht nur ein Tourismusprojekt, sondern vor allem ein Naturschutzprojekt etc. Die Naturschutzabteilung im Land ist zwar bemüht, aber in vielen Fällen überfordert, auch durch personelle Unterbesetzung. Ein Korrektiv und Antriebsmotor „außerhalb“ ist daher dringend notwendig.

## **B) Nationalpark und Alpenschutz**

**2) Treten Sie / Tritt Ihre Partei neben dem weitgehend außer Streit stehenden Ziel nach internationaler Anerkennung des Nationalparks Hohe Tauern auch für die Schaffung eines weiteren international anerkannten „Nationalparks Kalkhochalpen“ (im Anschluss an den bestehenden Nationalpark Berchtesgaden) ein?**

### **Die Antworten:**

**ÖVP / Schausberger & Haslauer: Ja?**

**SPÖ / Burgstaller: Ja**

**FPÖ / Schnell: dzt. keine Antwort**

**GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: Ja**

### **Anmerkungen zu Frage 2)**

**Schausberger & Haslauer:** Der Nationalpark Hohe Tauern ist in der ÖVP Chefsache. Das zeigt ganz deutlich die Wichtigkeit in meiner Regierungsarbeit. Die internationale Anerkennung wird daher seit vielen Jahren intensiv zu erreichen versucht.

NP Kalkhochalpen sollte dann umgesetzt werden, wenn hier der Wille aus der Region signalisiert wird. Dann wird das Land das Projekt auch entsprechend unterstützen. Die Kalkhochalpen sind bereits ein Naturschutzgebiet. Hier herrscht ein sehr strenger Schutz. So besteht kein Zeitdruck.

**Burgstaller:** Ja, wir können uns die Schaffung eines „Nationalparks Kalkhochalpen“ vorstellen. Allerdings ist dabei sicherzustellen, dass das jetzige Schutzniveau als Natura 2000 Gebiet nicht eingeschränkt wird. Wir sprechen uns dafür aus, dass der beste Schutz der Natur in diesem Gebiet gewählt wird.

**Reiter & Schwaighofer:** wäre eine ideale Ergänzung zu dem schon in Bayern bestehenden geschützten Gebieten, wäre auch leichter durchzuführen, als der Nationalpark Hohe Tauern, aber von Ökologie, Flora und Fauna sehr unterschiedlich vom bestehenden Nationalpark. Im Sinne der Bewahrung der Biodiversität und des Schutzes verschiedener Lebensräume halten wir einen Nationalpark Kalkhochalpen für eine Notwendigkeit.

**3) Treten Sie / Tritt Ihre Partei für eine verstärkte Bekanntmachung und Umsetzung der Ziele der Alpenkonvention im Land Salzburg ein?**

### **Die Antworten:**

**ÖVP / Schausberger & Haslauer: Ja**

**SPÖ / Burgstaller: Ja**

**FPÖ / Schnell: dzt. keine Antwort**

**GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: Ja**

### **Anmerkungen zu Frage 3)**

**Schausberger & Haslauer:** Die Umsetzung der Ziele der Alpenkonvention wird ständig verfolgt. Das Salzburger Naturschutzgesetz hat schon vor der Bekanntmachung der Alpenkonvention deren Anforderungen erfüllt. Die Verkehrs-, Agrar-, Forst- und Energiepolitik ist jeweils mit den Zielen der Alpenkonvention im Einklang. Eine stärkere Bekanntmachung der Ziele der Alpenkonvention trägt zu einem noch besseren Bewusstsein der Menschen für unseren Lebensraum in den Alpen bei.

**Burgstaller:** Ja, wir treten dafür ein, dass die Alpenkonvention konsequent umgesetzt wird. Uns ist klar, dass das nicht immer einfach sein wird. Trotzdem stellen wir uns dieser Herausforderung.

**Reiter & Schwaighofer:** Die Protokolle der Alpenkonvention stellen eine ausgezeichnete fachliche Grundlage zum Schutz der Alpen dar und eine Basis und Optionen für eine nachhaltige Entwicklung des Alpenraums. Wir halten eine Umsetzung für dringend geboten.

### **C) Lebensraum-, Landschafts- und Artenschutz**

**4) Treten Sie / Tritt Ihre Partei für ein (neuerliches) Moratorium bei Schierschließungen und zudem bei Beschneiungsanlagen ein?**

#### **Die Antworten:**

**ÖVP / Schausberger & Haslauer: Nein**

**SPÖ / Burgstaller: Ja / Nein**

**FPÖ / Schnell: dzt. keine Antwort**

**GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: Ja**

#### **Anmerkungen zu Frage 4)**

**Schausberger & Haslauer:** Die Schieerschließungs-Richtlinien des Landes haben sich in der Praxis bewährt. In Salzburg ist es in den vergangenen Jahren im Wesentlichen zu Komfortverbesserungen und nicht zu Neuerschließungen gekommen. Generell sollte daher die Richtlinie nicht geändert werden. Ich habe mich erfolgreich gegen die Erschließung des Wurtenskees über den Nationalpark Hohe Tauern durchgesetzt und werde einer weiteren Erschließung im Nationalparkgebiet nicht zustimmen.

Durch die fundierte Vorprüfung ist die ökologische Verträglichkeit von Beschneiungsanlagen gesichert. Daher gibt es für mich keinen Grund für ein Moratorium. Außerdem können Schigebiete ohne Beschneigung kaum mehr existieren. Keine Beschneigung in bestehenden Schigebieten würde außerdem den Druck auf Neuerschließungen in höheren Lagen und Gletscherregionen erhöhen.

Der Wintersport ein wichtiger Wirtschaftszweig in Salzburg. Der Tourismus lebt von einer intakten Natur und vom Wintersport. Daher wird alles getan, um die Natur zu erhalten, aber auch zu nutzen.

**Burgstaller:** Wir bekennen uns zu einem Moratorium bei Schierschließungen. Bei Beschneiungsanlagen treten wir allerdings dafür ein, von Fall zu Fall genau zu prüfen, ob diese notwendig sind oder nicht. Beschneiungsanlagen lehnen wir nicht grundsätzlich ab.

**Reiter & Schwaighofer:** Das Moratorium gibt es ja nach wie vor, es wurde lediglich „aufgeweicht“. Es sollte eine Evaluierung der Entwicklung der letzten beiden Jahre erfolgen um so zu hinterfragen, ob die durch die Aufweichung möglich gewordene Entwicklung auch im Sinne der Alpenkonvention nachhaltig war. Wir bezweifeln auch den wirtschaftlichen Erfolg der vorgenommenen Ausweitungen der Skigebiete und der Hochrüstung mit Beschneiungsanlagen. Auch bezüglich dieser Anlagen wäre zumindest eine begleitende Untersuchung (Wasserhaushalt, Flora etc.) notwendig. Auch eine ehrliche Kosten/Nutzenrechnung muss aufgestellt werden. Zumindest bis zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen halten wir ein Moratorium für sinnvoll. Eine stärkere Einbindung der Alpenkonvention in Fragen der Entwicklung des Wintertourismus wäre hilfreich.

Eine Förderung des weiteren Ausbaus und von Beschneiungsanlagen durch Landesmittel lehnen wir ab.

5) Treten Sie / Tritt Ihre Partei für die Renaturierung der Unteren Salzach auf dem höchsten ökologischen Niveau (also Flußbettaufweitung ohne künstlich angelegte Sohlabtreppungen) entsprechend den ökologischen Vorgaben der Wasserwirtschaftlichen Rahmenuntersuchung WRS ein?

Die Antworten:

ÖVP / Schausberger & Haslauer: Nein

SPÖ / Burgstaller: Ja

FPÖ / Schnell: dzt. keine Antwort

GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: Ja

Anmerkungen zu Frage 5)

**Schausberger & Haslauer:** In der WRS wurden drei Varianten für verfolgungswürdig erklärt. Eine Kraftwerkslösung wurde auch seitens der Landesregierung eindeutig abgelehnt. Es kann aber nicht davon ausgegangen werden, dass ausschließlich die ökologische Maximallösung weiter verfolgt wird. Die WRS verfolgte einen interdisziplinären Ansatz. Zu den drei Varianten haben sich alle Fachmaterien bekannt. In Bayern wurde bereits ein Raumordnungsverfahren durchgeführt. In Oberösterreich und Salzburg konnte gemeinsam eine freiwillige Raumverträglichkeitsprüfung, deren Ergebnis ins bayr. Raumordnungsverfahren aufgenommen wurde, durchgeführt werden. Zwischen den drei Varianten muss nun ein Interessenausgleich erfolgen.

**Burgstaller:** Gerade in der Auseinandersetzung um die Renaturierung der Unteren Salzach sind wir der Auffassung, dass es sich um ein Schlüsselprojekt für die Zukunft unseres Landes handelt. Zur Zeit gibt es, wie Sie wissen, in dieser Frage Auseinandersetzungen zwischen dem Gewässerschutz und dem Wasserbau. In diesen Auseinandersetzungen hat Landesrat Dr. Othmar Raus immer die Position vertreten, die auch Ihnen nahe steht. Uns geht es um eine möglichst ökologische Renaturierung der Unteren Salzach. Wir denken übrigens auch, dass auf Grund der neuen EU-Rechtslage die gesetzlichen Fakten für unsere Argumente sprechen.

**Reiter & Schwaighofer:** längst notwendig, wird zwischen Bayern und Salzburg hin und hergeschoben.

6) Treten Sie / Tritt Ihre Partei für allenfalls nötige, das Europaschutzgebiet Salzachauen verschonende, Alternativlösungen zur Erhaltung der Salzburger Lokalbahnstrecke (Sicherung der bestehenden Strecke, Hangvariante außerhalb der Auen, Tunnelvariante) ein?

Die Antworten:

ÖVP / Schausberger & Haslauer: Nein?

SPÖ / Burgstaller: Ja?

FPÖ / Schnell: dzt. keine Antwort

GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: Ja

Anmerkungen zu Frage 6)

**Schausberger & Haslauer:** Eine Tunnelvariante lehne ich ab, da das Risiko und die Kosten unverhältnismäßig sind. Allen Beteiligten ist geholfen, wenn die derzeitigen Pumpversuche erfolgreich sind und keine Verlegung erforderlich wird. Sollte eine Verlegung in die Au als einzige Variante übrig bleiben, muss eine Abwägung zwischen Naturschutz- und Umweltschutz (öffentlicher Nahverkehr) und Sicherheit getroffen werden. Eine Naturverträglichkeitsprüfung ist seitens der Richtlinien der Europäischen Union vorgeschrieben. Diese Richtlinien werden selbstverständlich eingehalten.

**Burgstaller:** Durch das Anlegen von Brunnen am Südhang des Haunsberges wird hoffentlich die Hangrutschung nachhaltig zum Stillstand gebracht. Eine Alternativroute für die Trasse der Salzburger Lokalbahn ist daher nicht erforderlich.

**Reiter & Schwaighofer:** alle Varianten außerhalb der Au sind nicht nur aus ökologischen Gründen vorzuziehen, sondern auch aus verkehrspolitischen Überlegungen, weil die Trasse näher an die Siedlungen käme.

**7) Treten Sie / Tritt Ihre Partei für ein Aussetzen der Vogelabschussplanverordnung ein ?** (Anm.: Für 2004 wurde die unmäßig hohe Anzahl von 120 Graureihern und 80 Kormoranen zum Abschuss frei gegebenen).

**Die Antworten:**

**ÖVP / Schausberger & Haslauer: Nein**

**SPÖ / Burgstaller: ?**

**FPÖ / Schnell: dzt. keine Antwort**

**GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: Ja**

**Anmerkungen zu Frage 7)**

**Schausberger & Haslauer:** Die Salzburger Landesregierung hat einstimmig gemäß dem Jagdgesetz die Abschusszahlen für den Wildbestand festzulegen. Vor Erlassung einer solchen Verordnung sind die Salzburger Jägerschaft, der Salzburger Landesfischereiverband, die Kammer für Land- und Forstwirtschaft in Salzburg und die Landesumweltanwaltschaft zu hören. Die Höchstabschusszahlen sind so festzulegen, dass im Landesgebiet ein den Grundsätzen entsprechender Bestand der einzelnen Vogelart erreicht oder erhalten wird und keine untragbaren Schäden auftreten. Das erfolgt nach den Grundsätzen für die Ausübung des Jagdrechtes. Das Jagdrecht ist unter Beachtung der Grundsätze der Weidgerechtigkeit so auszuüben, dass ein artenreicher und gesunder Wildbestand erhalten bleibt, der dem vorhandenen Lebensraum angemessen ist; die natürlichen Lebensgrundlagen des Wildes erhalten werden; die im öffentlichen Interesse gelegenen günstigen Wirkungen des Waldes nicht beeinträchtigt und insbesondere waldgefährdende Wildschäden vermieden werden; das öffentliche Interesse am Schutz der Natur und der Landschaft nicht beeinträchtigt wird; die freilebende Tierwelt als wesentlicher Bestandteil der heimischen Natur und als Teil des natürlichen Wirkungsgefüges in ihrer Vielfalt bewahrt wird sowie die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Nutzung von Grundflächen so wenig wie möglich beeinträchtigt wird.

Darüber hinaus hat das Land Salzburg beim Bundesamt für Wasserwirtschaft/Institut für Gewässerökologie in Scharfling eine Untersuchung von ausgewählten Gewässern im Bundesland Salzburg in Auftrag gegeben. Mit dieser Untersuchung werden die Fischbestände in ausgewählten Gewässern überprüft. Auf Wunsch der Landesumweltanwaltschaft wurde auch eine ornithologische Untersuchung des Einflusses von Kormoran und Graureiher auf die Fischerei ausgewählter Gewässer in Salzburg in Auftrag gegeben. Graureiher und Kormorane haben einen Schaden von € 280.708,- im Jahr 2003 im Bundesland Salzburg verursacht. Im Jahr 2003 sind die Höchstabschusszahlen bei weitem nicht erreicht worden, sodass gesagt werden kann, dass dem gesetzlichen Auftrag entsprochen wurde und ein maßvoller Eingriff in die Bestände des Graureihers und des Kormorans notwendig und richtig ist.

**Burgstaller:** Wir fordern eine umfassende bundeseinheitliche Regelung der Fischereiwirtschaft in einem "Bundesgesetz Fischerei". Dazu wurde im Nationalrat am 9.7.2003 von der SPÖ ein Entschließungsantrag eingebracht. Aus ökologischer Sicht ist die nachhaltige Pflege, Schaffung und Wiederherstellung eines natürlichen, artenreichen und gesunden Bestandes an Fischen, Krustentieren und Muscheln durch Planung und Gestaltung über Landesgrenzen hinweg ungleich besser möglich.

Durch den unnatürlichen und explosionsartigen Anstieg der Kormoranpopulation in Europa sind aufgrund des „Fraßdruckes“ in Österreich bereits einzelne Fischarten ernsthaft vom Aussterben bedroht, darüber hinaus hat die Aquakultur mit größten wirtschaftlichen Schäden

zu kämpfen. Die Äsche, von den beiden größten heimischen Fischereierorganisationen zum Fisch des Jahres 2002 in Österreich erkoren, wurde durch massiven Kormoraneinfall in der Enns bereits ausgerottet (Ennstudie, BOKU 1999). Eine wirksame Minderung des Kormoranproblems durch effiziente Vergrämungsmaßnahmen ist nur bundeseinheitlich möglich.

**Reiter & Schwaighofer:** Wir bekämpfen diese Abschussverordnung seit Jahren und sind über die fehlende Unterstützung durch die EU (Klage seit drei Jahren) sehr enttäuscht. Positiv: der Fischereiverband ist mittlerweile kooperativer und fachlich gut beraten.

## D) Umweltschutz

**8) Die gesundheitlichen Auswirkungen elektromagnetischer Felder haben einen hohen Stellenwert in der öffentlichen Diskussion. Speziell Anwohner von Mobilfunksendeanlagen berichten über verschiedene Störungen des Wohlbefindens und der Gesundheit.**

- a) **Werden Sie / Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass elektrosmogempfindliche Menschen ernst genommen werden und allfällige Zusammenhänge mit Risikofaktoren auf Landesebene einer Klärung zugeführt werden?**

### Die Antworten:

**ÖVP / Schausberger & Haslauer: Ja**

**SPÖ / Burgstaller: Ja**

**FPÖ / Schnell: dzt. keine Antwort**

**GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: Ja**

### Anmerkungen zu Frage 8a)

**Schausberger & Haslauer:** Das wird zur Zeit schon gemacht und wird auch in Zukunft erfolgen. Das Referat für Umweltmedizin, dessen Leitung der anerkannte Umweltmediziner Dr. Gerd Oberfeld inne hat, wird auch in Zukunft für die Salzburgerinnen und Salzburger zur Verfügung stehen.

**Burgstaller:** Ja, wir treten dafür ein, dass Menschen, die als Elektrosmog empfindlich eingeschätzt werden, ernst genommen werden (a). Wir treten weiters (b) für das Vorsorgeprinzip ein. Dabei ist es unsere Auffassung, dass die wissenschaftliche Forschung vorangetrieben werden muss, um Sicherheiten zu erlangen. Im Zweifelsfall setzen wir auf den vorsorgenden Schutz der Gesundheit. In den vergangenen Jahren war es gerade Politik der Salzburger SPÖ, sich für einen bundesweit einheitlichen Wert einzusetzen (c). Dieser soll sich nach unseren Vorstellungen am Salzburger Vorsorgewert orientieren.

- b) **Werden Sie / Ihre Partei sich dafür einsetzen dass, auch bei Mobilfunk und Elektrosmog das Vorsorgeprinzip und das Prinzip der vernünftigen Vermeidung angewandt wird.**

### Die Antworten:

**ÖVP / Schausberger & Haslauer: Ja**

**SPÖ / Burgstaller: Ja / Vermeidung?**

**FPÖ / Schnell: dzt. keine Antwort**

**GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: Ja**

### Anmerkungen zu Frage 8b)

**Schausberger & Haslauer:** Selbstverständlich wird diese Praxis weitergeführt werden.

**Burgstaller:** Wir treten weiters (b) für das Vorsorgeprinzip ein. Dabei ist es unsere Auffassung, dass die wissenschaftliche Forschung vorangetrieben werden muss, um Sicherheiten zu erlangen. Im Zweifelsfall setzen wir auf den vorsorgenden Schutz der Gesundheit.

- c) Werden Sie / Ihre Partei sich für Grenzwerte bei Mobilfunksendeanlagen, die auch Langzeiteffekte im nichtthermischen Bereich umfassen und dem Vorsorgeprinzip entsprechen (Salzburger Vorsorgewert 0,01 mW / m<sup>2</sup> [Summe GSM Außen]), auf Bundesebene einsetzen?

Die Antworten:

ÖVP / Schausberger & Haslauer: Ja ?

SPÖ / Burgstaller: Ja

FPÖ / Schnell: dzt. keine Antwort

GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: Ja

Anmerkungen zu Frage 8c)

**Schausberger & Haslauer:** Wir werden uns auch auf Bundesebene für die Vermeidung von nicht notwendigem Elektrosmog einsetzen.

**Burgstaller:** In den vergangenen Jahren war es gerade Politik der Salzburger SPÖ, sich für einen bundesweit einheitlichen Wert einzusetzen (c). Dieser soll sich nach unseren Vorstellungen am Salzburger Vorsorgewert orientieren.

**Reiter & Schwaighofer:** siehe unseren Einsatz bezüglich des Einsatzes von DECT im Landeskrankenhaus, wo Untersuchungen, die vom Einsatz abraten, konsequent unter Verschluss gehalten werden. Die SPÖ setzt sich in ihrem Wahlprogramm für eine flächendeckende Einführung von WLANe in den Schulen ein, wodurch für die Kinder Belastungen entstehen würden, die der von unmittelbaren Anrainern von Handymasten entsprechen!!

- 9) Treten Sie / Tritt Ihre Partei für ökologisch orientierte Energieerzeugung, Energiebereitstellung und –nutzung ein, und zwar

- a) für verstärkte Initiativen zugunsten Energieeinsparung und effiziente Nutzung:

Die Antworten:

ÖVP / Schausberger & Haslauer: Ja

SPÖ / Burgstaller: Ja

FPÖ / Schnell: dzt. keine Antwort

GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: Ja

Anmerkungen zu Frage 9a)

**Schausberger & Haslauer:** Eindeutig ja. Die ÖVP-Salzburg hat in ihrer Energiepolitik zur Umsetzung des Energieleitbildes und des Ökostromgesetzes sowie der Österreichischen Klimastrategie bereits umfassende Maßnahmen gesetzt. Dazu gehören zu einer modernen Wohnbauförderung zusätzliche Förder- und Unterstützungsmaßnahmen.

**Burgstaller:** Gerade in der Wohnbauförderung hat Landesrat Othmar Raus gezeigt, dass die SPÖ viel für Energieeinsparungen tut. Auch viele Projekte aus meinem Ressort im Bereich der Gemeindefinanzierung brachten Verbesserungen bei der Energieeinsparung (a).

- b) für eine Reduktion des Atomstromanteils der Salzburg AG:

Die Antworten:

ÖVP / Schausberger & Haslauer: Ja

SPÖ / Burgstaller: Ja

FPÖ / Schnell: dzt. keine Antwort

GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: Ja

Anmerkungen zu Frage 9b)

**Schausberger & Haslauer:** Eindeutig ja.

**Burgstaller:** Auch (b) sind wir für die Reduktion des Atomstromanteils der Salzburg AG.

- c) für die Förderung von „Alternativenergieanlagen“ (Biogas, Biomasse, Solarkollektoren, Fotovoltaik, Wind) an geeigneten Standorten im Land Salzburg:

Die Antworten:

ÖVP / Schausberger & Haslauer: Ja  
SPÖ / Burgstaller: Ja  
FPÖ / Schnell: dzt. keine Antwort  
GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: Ja

Anmerkungen zu Frage 9 c)

**Schausberger & Haslauer:** Eindeutig ja. Die ÖVP-Salzburg hat in ihrer Energiepolitik zur Umsetzung des Energieleitbildes und des Ökostromgesetzes sowie der Österreichischen Klimastrategie bereits umfassende Maßnahmen gesetzt. Dazu gehören zu einer modernen Wohnbauförderung zusätzliche Förder- und Unterstützungsmaßnahmen.

**Burgstaller:** Und schließlich stimmen wir auch bei c) zu, dass Alternativenergieanlagen weiter gefördert werden sollen. Erneuerbare Energiequellen müssen in den Mittelpunkt rücken. Dabei ist aber immer darauf zu sehen, dass das begrenzt vorhandene Geld für solche Projekte auch optimal eingesetzt wird.

**Reiter & Schwaighofer:** die Energieversorgung ist die entscheidende Zukunftsfrage – wird sie dezentral, Menschen – weil Fehler freundlich, demokratisch, erfolgen oder durch Großkonzerne diktiert werden.

**10) Treten Sie / Tritt Ihre Partei für folgende verkehrspolitische Maßnahmen insbesondere zur Reduktion des Schwerverkehrs in/durch Salzburg ein?**

- a) für LKW-Nachtfahrverbote auf der Tauernautobahn und den möglichen Ausweichrouten:

Die Antworten:

ÖVP / Schausberger & Haslauer: Nein / Ja  
SPÖ / Burgstaller: Nein  
FPÖ / Schnell: dzt. keine Antwort  
GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: Ja

Anmerkungen zu Frage 10a)

**Schausberger & Haslauer:** Die Reduktion des Schwerverkehrs wird mit den rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten des Landes nur sehr eingeschränkt möglich sein. Die Verkehrsprognosen gehen von einer massiven Zunahme des Güterverkehrs auf allen Verkehrsträgern aus. Die politischen Bestrebungen zur Verbesserung der Situation und zur Vermeidung der Zusatzbelastung müssen sich daher großteils an den Bund und die EU richten. So habe ich immer gefordert, dass das österreichische Road Pricing in Richtung ökologischer Maßstäbe wie Schadstoffausstoß, Lärmemissionen und Straßenbelastung adaptiert werden muss. In den Verhandlungen zum Entwurf der Wegekostenrichtlinie habe ich in den Entwurf der EU-Kommission insbesondere die Sensibilität des Salzburger Alpenraums, die Möglichkeit der Querfinanzierung von der Straße zur Schiene und die Finanzierung für Lärmschutzbauten durch die Maut gefordert und schließlich auch hineingebracht.

**Konkret zu a)** für LKW-Nachtfahrverbote auf der Tauernautobahn und den möglichen Ausweichrouten: **Nein** auf der Tauernautobahn, wenn damit nur eine Verlagerung des Schwerverkehrs an die Tagesrandzeiten erreicht wird. **Ja** zu Verhinderung von Umgehungsverkehr auf den Ausweichrouten.

**Burgstaller:** Wir haben uns sehr genau die Tiroler Erfahrungen mit dem Nachtfahrverbot angesehen. Dort ist es zu einer Erhöhung des Schadstoffausstoßes gekommen. Nachtfahrverbote würden den Lkw-Verkehr nur auf andere (Tages-)Zeiten verlagern. Deswegen treten wir dafür ein, dass andere Lösungen gefunden werden und beantworten Frage a) mit Nein.

**b) für sektorale Fahrverbote für LKW:**

Die Antworten:

**ÖVP / Schausberger & Haslauer: Nein**

**SPÖ / Burgstaller: Ja**

**FPÖ / Schnell: dzt. keine Antwort**

**GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: Ja**

Anmerkungen zu Frage 10b)

**Schausberger & Haslauer:** Nein, da EU-Rechtlich nicht haltbar.

**Burgstaller:** Zur Frage b) können wir uns durchaus sektorale Fahrverbote vorstellen: Auch hier zeigen die Berechnungen, dass diese nur einen sehr geringen Einfluss auf die Schadstoffmengen haben. Außerdem muss man beachten, welche Transporte man trifft. Die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist entscheidend.

**c) für Ausweitung der Kontrollen (durch personelle Aufstockung und durch Bau weiterer Multikontrollstellen):**

Die Antworten:

**ÖVP / Schausberger & Haslauer: Ja**

**SPÖ / Burgstaller: Ja**

**FPÖ / Schnell: dzt. keine Antwort**

**GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: Ja**

Anmerkungen zu Frage 10c)

**Schausberger & Haslauer:** Ja, wird auch seit Anfang des Jahres und Auslaufen des Ökopunkteregimes durchgeführt.

**Burgstaller:** Zur Frage c) der Ausweitung der Kontrollen kommt von uns ein Ja

**d) für eine rechtliche Einklagbarkeit der versprochenen Lärmschutzmaßnahmen an der Tauernautobahnscheitelstrecke?**

Die Antworten:

**ÖVP / Schausberger & Haslauer: Ja?**

**SPÖ / Burgstaller: Ja**

**FPÖ / Schnell: dzt. keine Antwort**

**GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: Ja**

Anmerkungen zu Frage 10d)

**Schausberger & Haslauer:** Die Lärmschutzmaßnahmen wurden durch die Unterzeichnung von Vizkanzler Gorbach, LH Schausberger, ASFINAG-Vorstand Lückler und der Gemeinden am 19. Februar rechtsverbindlich und sind sowohl durch Verordnung als auch Reservierung im Budget der ASFINAG gesichert.

**Burgstaller:** Bei Frage d) können wir uns ebenfalls eine Einklagbarkeit vorstellen.

- e) für Bau von Sicherheitsstollen anstatt Ausbau 2. Tunnelröhren durch Katschberg und Tauern:

Die Antworten:

ÖVP / Schausberger & Haslauer: **Nein!**  
SPÖ / Burgstaller: **Nein**  
FPÖ / Schnell: **dzt. keine Antwort**  
GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: **Ja**

Anmerkungen zu Frage 10e)

**Schausberger & Haslauer:** Nein!

**Burgstaller:** Die 2. Tunnelröhre steht für uns außer Frage: Nein zu Frage e).

- f) für die Annäherung der Höhe der Steuer auf Diesel an die Höhe der Steuer auf Benzin?

Die Antworten:

ÖVP / Schausberger: **Nein**  
SPÖ / Burgstaller: **Ja**  
FPÖ / Schnell: **dzt. keine Antwort**  
GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: **Ja**

Anmerkungen zu Frage 10f)

**Schausberger & Haslauer:** Die Lösung des Umweltproblems Russpartikel wird durch eine Erhöhung der Preise für Diesel nicht gelöst. Das Land Salzburg unterstützt die Forschung auf diesem relativ neuen Gebiet daher besonders. Die mittelfristige, verpflichtende Vorschreibung von Partikelfiltern für Dieselmotoren könnte Verbesserung bringen.

**Burgstaller:** Zu Frage f) hält die SPÖ fest, dass es langfristig wahrscheinlich sinnvoll ist, eine Annäherung der Besteuerung von Diesel und Benzin anzustreben. Es sind aber Lösungen zu finden, die vor allem Personen, die das Auto beruflich benützen müssen, nicht zusätzlich belasten.

- g) für Besteuerung von Kerosin/Flugbenzin auf EU-Ebene:

Die Antworten:

ÖVP / Schausberger & Haslauer: **Nein?**  
SPÖ / Burgstaller: **Ja**  
FPÖ / Schnell: **dzt. keine Antwort**  
GRÜNE / Reiter & Schwaighofer: **Ja**

Anmerkungen zu Frage 10g)

**Schausberger & Haslauer:** Ich bin EU-Steuern gegenüber grundsätzlich sehr reserviert. Die Flugbranche ist derzeit wirtschaftlich am Boden. Eine solche Maßnahme darf jedenfalls das Funktionieren des europäischen Luftverkehrs nicht gefährden.

**Burgstaller:** Eine Besteuerung von Kerosin und Flugbenzin auf EU-Ebene halten wir für richtig.

Danke für die Mühe!

**P.S. Die zusammengefassten Antworten mussten zum Teil – so die Fragen nicht mit einem klaren Ja oder Nein beantwortet wurden - unsererseits aus den eingelangten Stellungnahmen (Anmerkungen) abgeleitet werden.**